



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/191 - 20.8.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37454-59  
Fernschreiber 039890

|                                |      |
|--------------------------------|------|
| Das Sozial-Programm der FDP    | S. 1 |
| Peron folgt auf Stalins Spuren | S. 3 |
| Religiöse Sozialisten tagten   | S. 5 |
| Postenjägerei...               | S. 6 |
| Nachrichten aus der Sowjetzone | S. 7 |

## Ein Sozial-Programm der FDP

(sp) Jedes parteipolitische Programm sucht Wähler zu beeindrucken und zu gewinnen. Das ist natürlich, niemandem wird dieses Recht bestritten. Wenn aber eine Partei, die - mindestens nördlich der Main-Linie - so ausgesprochen Vertreterin des Gross-Kapitals ist, wie die FDP, ein "Sozial-Programm" herausgibt, hat man wohl ein Recht, misstrauisch zu sein.

Das Programm ist gewiss nicht besonders interessant wegen der oft nicht ungeschickt formulierten vielen sozialpolitischen Gemeinplätze, sondern wegen der Umschreibungen, die die eigentlichen sozialreaktionären Absichten dieser Partei zu verdecken suchen. Hier einige Kostproben:

Die FDP ist für Koalitionsfreiheit, unter gleichzeitiger "Ablehnung jeglichen Koalitionszwanges". "Kein sachlich zuständiger Verband darf ausgeschlossen werden". Die Koalitionsfreiheit müsse gegenüber allen Monopolisierungs- und Priviligierungsbestrebungen auch mit Mitteln des Strafrechtes durchgesetzt werden. Der Aufgabenbereich der Gewerkschaften sei durch Bundesgesetz abzugrenzen.

Auf gut Deutsch heisst das: Maulkorb für die Gewerkschaften und Förderung jeder Gewerkschaftszersplitterung durch Kampf gegen die Einheitsgewerkschaft. Dazu passt der kleingedruckte Absatz an anderer Stelle gut, dass die FDP alle, allgemeinpolitischen

Forderungen dienenden Kampfmassnahmen, sprich Streiks, ablehnt. (Gemeint sind "politische und alle Kampfmassnahmen, die sich nicht gegen den Tarifpartner, sondern gegen den verfassungsmässigen Gesetzgeber richten"). Damit kann also jeder Streik gegen Überstunden, da diese ja über das Arbeitsgesetz festgelegt werden, als "politisch" abgewirgt werden!

Dass die FDP für Unterstellung der Arbeitsgerichtsbarkeit unter das Justizministerium und Besetzung aller ordentlichen Richterstellen durch Voll-Juristen sowie für Wiedereinführung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen eintritt -- das sei nur kurz vermerkt, weil es die Tendenz besonders deutlich macht, die das ganze Programm beherrscht: Zurück zur Wilhelminischen Epoche der Jahrhundertwende und zurück zur staatlichen Lohnpolitik. (Dies Letzte natürlich nur, solange man sich des Arbeitgebereinflusses auf diesen Staat sicher ist).

Interessant ist auch, was nach der FDP "fortschrittliche Sozialpolitik im Betriebe" ist. In allen entscheidenden Fragen wird nur von "Mitwirkung" gesprochen und auch nur, soweit sie durch die im Betriebe Tätigen erfolgt. Es ist die Rede lediglich von "laufender Unterrichtung" der Belegschaft über die wirtschaftliche Lage des Betriebes, natürlich auch wieder nur, soweit nicht "Geschäftsgeheimnisse dagegensprechen". Zugestanden werden "gemeinsame Beratungen" in wirtschaftlichen Fragen. Das ist im Grunde alles. "Mitbestimmung" wird dann freundlichst noch in den - recht ungefährlichen - sozialen Fragen eingestanden, wobei dann aber gleichzeitig auch die Forderung nach dem Gruppen-Wahlrecht für den Betriebsrat erhoben wird, um die Arbeitnehmer möglichst weitgehend zu zersplittern.

Die FDP will also über die Erfolge, die sie im Betriebs-Verfassungsgesetz durch Druck auf die Koalitionsparteien erzielte, hinaus noch weit hinter das Betriebsräte-Gesetz von 1920 zurück. Sie will in der Praxis die Gewerkschaften dort, wo es wirklich wichtig ist, weitestgehend ausschalten. Das muss sich jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter merken.

In der sozialen Sicherung? Die FDP wünscht die Aufrechterhaltung des "vielgestaltigen" Systems der Sozialversicherung, d.h. also Zersplitterung der Sozialversicherung, was noch durch die Förderung von Ersatz-, Innungs und Betriebskrankenkassen verdeutlicht wird.

Das ist nur ganz roh skizziert, das Bild des sozialen Programms einer Partei, die einmal mit Stolz einen Friedrich Naumann zu den Ihren zählte. Aber dass diese Zeiten längst vorbei sind und sich die heutige FDP, vor allem in Norddeutschland, statt dessen an Hugenbergschen Traditionen orientiert, ist schliesslich nicht neu.

Peron auf Stalins Spuren

Perons Argentinien hat neue Einwanderungsbestimmungen herausgebracht, die ebenso zwei der grundlegenden Rechte der zivilisierten Welt verletzen, wie es Stalins Zwangsarbeitslager tun. Das Recht, seinen Wohnsitz frei zu wählen und das Recht, seinen Beruf frei zu wechseln, ist den Einwanderern nach Argentinien aberkannt worden. Es heißt in dem neuen Einwanderungsdekret:

"Jede Einreiseerlaubnis nach Argentinien wird ungültig, wenn der Einwanderer innerhalb der ersten drei Jahre nach seinem Zuzug nach Argentinien entweder einen andern Beruf ausübt als den angegebenen, oder den zugewiesenen Wohnort innerhalb Argentiniens wechselt".

Das ursprüngliche Dekret fügte hinzu, daß die Landeshauptstadt Buenos Aires und ihr Umkreis in einem Radius von 100 Kilometern für die Einwanderung gesperrt sei.

Mittlerweile sind jedoch die übrigen meisten Provinzhauptstädte dieser Maßnahme gefolgt. Der Einwanderer, wenn er nicht direkte Verwandte oder besonders gute (peronistische) Beziehungen hat, darf auch nicht mehr in den Wirtschaftszentren der Provinz Arbeit und Wohnort suchen. Er bekommt bei der Ankunft in Buenos Aires einen "vorläufigen" dreijährigen Wohnort zugewiesen - zumeist in einer Gegend, wo sich die Wölfe und Füchse gute Nacht sagen.

Diese neue "Einwanderungspolitik" Perons ist nicht nur ein Hohn auf die Menschenrechte, die der UNESCO-Ausschuß der Vereinten Nationen, in dem auch Argentinien vertreten ist, gegenwärtig zusammenstellt und in denen das Recht auf Freizügigkeit und Freiheit der Arbeit ausdrücklich verankert sind, sie bedeutet darüber hinaus auch eine glatte Verneinung der argentinischen Verfassung. Wie die meisten übrigen südamerikanischen Verfassungen sichert auch die argentinische ausdrücklich jedem Einwohner das Recht auf freie Wahl des Wohnortes und freie Berufsausübung zu. Über dieses Grundrecht geht die peronistische Einwanderungspolitik einfach hinweg.

Es ist etwas anderes, wenn Regierungen, Einwanderungsorganisationen oder Großfirmen Einwanderer für bestimmte Orte und eine bestimmte Arbeitsaufgabe herankolen. Dann wird ein Arbeitskontrakt abgeschlossen,

der selbstverständlich von beiden Seiten eingehalten werden muß. Überdies bezahlt die Stelle, die sich auf diese Weise Arbeiter oder Siedler heranholt, gewöhnlich die Überfahrt. Peron bezahlt weder die Überfahrt, noch stellt er den Einwanderern eine bestimmte Arbeit und kontraktliche Sicherungen zur Verfügung. Sie dürfen kommen, um dorthin gewiesen zu werden, wo kein Argentinier hingeht, um Arbeitsstellen einzunehmen, die der Argentinier verlassen hat, weil sie weder ein Auskommen, noch Zukunftsmöglichkeiten bieten. Es ist auch etwas anderes, wenn überbevölkerte Länder wie die Bundesrepublik mit ihrem ständigen Flüchtlingsstrom und ihrer Wohnungsnot ein System der Zuzugsgenehmigungen schaffen. Wer Argentinien und Südamerika kennt, weiß, daß die Möglichkeit hochzukommen davon abhängt, daß man jede sich zeigende Arbeitsmöglichkeit wahrnimmt. Dazu muß man natürlich Freizügigkeit und Arbeitsfreiheit haben. Eine sehr häufige Karriere war die Übernahme gut bezahlter Saisonarbeit auf der Pampa oder in den abgelegenen landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetrieben (Gefrierhäuser, Wollschur), um mit dem ersparten Geld nach der Saison sich seinem gelernten Beruf zuzuwenden, bzw. sich selbständig zu machen. Nach dem neuen Dekret kann der Einwanderer in Gegenden festgesetzt werden, wo er in drei Jahren höchstens einmal drei Monate Arbeit findet ...

Es wäre interessant zu wissen, wie sich die neue internationale Auswanderungsorganisation und die Bundesregierung zu diesem argentinischen Sklavensystem für Einwanderer stellen. Die Bundesregierung hat eben erst der Auswanderungsorganisation einen Betrag von 40 bis 60 Dollar zu den Schiffsfahrtskosten für Auswanderer aus Deutschland zugesagt. Wird sie bereit sein, diesen Betrag auch zu zahlen, wenn die Reise nach dem argentinischen Sibirien, Feuerland oder Patagonien geht und wenn der Auswanderer drei Jahre Sklavenarbeit für Peron leisten muß? Die internationale Wanderungsorganisation, die unter den Auspizien des Internationalen Arbeitsamtes und der Vereinten Nationen zustande kam, sollte es ablehnen, einem Land - noch dazu auf internationale Rechnung, denn sie trägt den Rest der Überfahrtskosten - Einwanderer zuzuführen, dessen Diktatur diese nur zu "Händen" für seine verurufenen Gebiete und Berufe erniedrigt.

Don Pablo

+ + +

### Internationale Konferenz des Bundes der religiösen Sozialisten

Über die kürzlich in Nyköping (Schweden) abgehaltene internationale Konferenz des Bundes der religiösen Sozialisten ging uns folgender Bericht zu:

Auf der Konferenz waren acht Nationen vertreten. Aus Deutschland waren anwesend der Leiter der Sozialschule Dortmund, Dr. Dr. Lutz, der hessische Kultusminister Metzger, Regierungsdirektor Schleich und Pfarrer P. H. Vogel. Das Hauptthema der Konferenz war: Was hat die biblische Botschaft vom Reiche Gottes zu sagen zur heutigen Situation des Sozialismus und der christlichen Kirche?

Zu diesem Thema sprachen ein Schwede, ein Deutscher, ein Holländer und ein Schweizer. In regen Aussprachen wurden Begriffe und Auffassungen geklärt. In der angenommenen Prinzipienklärung heißt es:

"Wir wollen in Übereinstimmung mit den von dem Kongreß der Sozialistischen Internationale im Jahre 1951 in Frankfurt am Main aufgestellten Grundsätzen für die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus nach sozialistischer Gerechtigkeit, größerer Wohlfahrt, nach Freiheit und Frieden der Welt streben. Dabei setzen wir uns dafür ein, daß der Geist Christi unter den Menschen zum Durchbruch kommt".

Die Tagung nahm dankbar und freudig ein Begrüßungstelegramm von Dr. Schumacher und Ollenhauer entgegen. Die schwedische Presse, insbesondere die Parteipresse, berichtete eingehend über die Konferenz in großen Schlagzeilen.

Der Konferenz war die Jahresversammlung des Verbandes christlicher Sozialdemokraten Schwedens vorausgegangen. Der schwedische Ministerpräsident Erlander ließ es sich nicht nehmen, auf einer öffentlichen Kundgebung zu sprechen und bei einem Teeabend das Wort zu ergreifen. Nach der Tagung blieben die meisten Teilnehmer noch mehrere Tage in Schweden, um sich mit sozialen und kulturellen Einrichtungen (Konsum, Schulwesen, insbesondere Volkshochschulen usw.) vertraut zu machen. Belgier, Deutsche, Engländer und Finnländer, Holländer, Norweger, Schweden und Schweizer, sie alle einten die Ideale des Christentums und des Sozialismus.

+ + +

Heuchelei

(sp) Am 9. November d.J. finden bekanntlich in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt. Mit der Änderung der Mehrheitsverhältnisse in einzelnen Kommunalparlamenten werden zum Teil auch personelle Veränderungen in der Beamtenschaft verbunden sein. Dieser Tage ging uns ein vertrauliches Rundschreiben der FDP, Landesverband Niedersachsen zu, in dem es heißt:

"Die Notwendigkeit, stärkeren Einfluß auf die Verwaltung, insbesondere die Kommunalverwaltung, zu gewinnen, macht es erforderlich, beim Freiwerden von Stellen den Einsatz von Männern anzustreben, die der FDP angehören oder mindestens nahestehen. Diese Bemühungen müssen jeweils so rechtzeitig einsetzen, daß nicht schon verwaltungsintern bestimmte Personen ausgewählt werden, wie dies erfahrungsgemäß sehr oft geschieht, ehe die eigentliche Ausschreibung erfolgt.

Es ist aus diesem Grunde unerlässlich, daß die örtlichen Organe der FDP dem Landesverband Mitteilung geben, sobald sie Kenntnis davon erhalten, daß in absehbarer Zeit eine Stelle vakant wird. Dabei soll möglichst der Zeitpunkt der Neubesetzung, Art und Umfang der Stellung und Besoldung mitgeteilt werden. Gleichzeitig ist erforderlich, daß Angaben darüber gemacht werden, ob bereits eine Ausschreibung in die Wege geleitet ist, gegebenenfalls wann die Meldefrist abläuft. Sofern geeignete Vorschläge für die Besetzung gemacht werden können, wird gebeten, diese gleichzeitig mit einzureichen, anderenfalls Feilanzeige. Im letzteren Falle stehen dem Landesverband eine Reihe von Bewerbern zur Verfügung, um deren Unterbringung auf Grund ihrer fachlichen Eignung wir uns bemühen sollen.

Wir bitten der Angelegenheit besonderes Augenmerk zu widmen, damit die FDP auch in den örtlichen Verwaltungen entsprechend ihrer Bedeutung Einfluß gewinnt".

Wenn das nicht Förderung des gerade von den Regierungsparteien viel gelästerten Parteibuch-Beamtentums ist, dann weiß man wirklich nicht mehr, was man darunter zu verstehen hat. Der Ruf nach dem unpolitischen, keiner Partei dienenden Fachmann muß herhalten, um die eigenen Posten-jäger unterzubringen. Diese Heuchelei spricht für sich selbst.

+ + +

Seebohm auf Geldsuche

Wir lasen in der "Passauer Neuen Presse":

..."Einige politische Beobachter haben gedacht, die Deutsche Partei des Dr. Seebohm, die bekanntlich in der Bundeskoalition sitzt, werde in Bayern weitere Chancen haben. Kürzlich war Seebohm in München und hat im Bundesbahnhof bayerische Wirtschaftsführer um sich versammelt, um Geld zu sammeln. Ein Ministerialdirektor im Bayerischen Verkehrsministerium fährt unentwegt in Bayern herum, um die Geldbeutel der Industriefirmen für diese Partei lockerer zu machen."

+ + +

Arztmangel in der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Nach internen Angaben der sowjetzonalen Gesundheitsbehörden fehlen im bisherigen Lande Sachsen-Anhalt etwa 1.500 bis 1.600 Ärzte, um die offenstehenden Stellen friedensmäßig zu besetzen, das sind etwa 40 Prozent der in Friedenszeiten approbierten Ärzte. Um einen Ausgleich zu schaffen, wurde ein erheblich verkürztes Studium für Medizinstudenten eingeführt, das sich aber wegen der außerordentlich mangelhaften Schulvorbildung nicht bewährte. Der an der Universität Halle ausgebildete ärztliche Nachwuchs reicht zahlenmäßig kaum aus, um die durch Tod und Arbeitslosigkeit oder Abwanderung nach dem Westen leerstehenden Praktiken zu besetzen.

x

Die Durchführung des Reichsbahnfinanzplanes für 1952 stößt auf den Widerstand der Reichsbahnämter, die die Annahme des neuen Planes mit der Begründung ablehnen, daß sie mit den darin vorgesehenen Selbstkosten nicht auskommen könnten. Der neue Finanzplan entstand nach einer sowjetischen Intervention, durch die der auf den Kosten beruhende Plan der Generaldirektion Reichsbahn umgestoßen wurde. Die Sowjets forderten die Aufstellung des Finanzplanes auf der Grundlage des Gewinnes. Die mengenmäßige Leistungssteigerung der "Reichsbahn" im Jahre 1952 beträgt 6,1 Prozent gegenüber 1951. Die Steigerung der Einnahmen jedoch nur 3,75 Prozent. Die Ansatzkosten dürften im Plan für 1952 laut sowjetischer Anweisung nur um 3,75 Prozent erhöht werden, obwohl die aufzubringenden Kosten wesentlich höher liegen als 1951. In den deutsch-sowjetischen Besprechungen wurde festgelegt, daß der Finanzplan für 1952 eine gewinnmäßige Leistungssteigerung von 50 Millionen vorgesehen habe.

x

Von der VEB-Projektierung, der die Planung aller staatlichen Bauvorhaben untersteht, sind alle jüngeren Architekten und Ingenieure zu einer Sonderbrigade zusammengestellt und nach Berlin beordert worden. Diese Sonderbrigade wird sich im Aufbauministerium unter Leitung des Abteilungsleiter Köhler mit der Projektierung von Flugplätzen, Kasernen und anderen militärischen Anlagen befassen. Die Sonderbrigade arbeitet sehr eng mit sowjetischen Dienststellen zusammen.

x

Um die Staatsanwaltschaften für die künftigen neuen Aufgaben finanziell zu unterstützen und um eine bessere Eintreibung der Geldstrafen als bisher durch die Gerichte zu erreichen, hat das ostzonale Justizministerium in Verbindung mit der Generalstaatsanwaltschaft in einer Rundverfügung angeordnet, daß in Zukunft Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten und Erlöse für eingezogene Gegenstände nur noch durch die Staatsanwaltschaften vereinnahmt werden dürfen.

x

Das seehydrographische Institut in Berlin-Schöneweide wurde mit sofortiger Wirkung der Seepolizei unterstellt, geht aus einer Erklärung der Generaldirektion Schifffahrt hervor. Damit wurde das Institut der Forschungsabteilung für Schifffahrt entzogen. Es wird in Zukunft hauptsächlich im Dienst der sowjetzonalen militärischen Marineeinheiten arbeiten.

---

Verantwortlich: Peter Bannau